www.rep.de

# Kurzprogramm

## *zur Bundestagswahl 2009*

REP

DIE REPUBLIKANER

DEMOKRATISCHE RECHTE

# Kurzprogramm
## *zur Bundestagswahl 2009*

DIE REPUBLIKANER REP

## 1. Schluß mit den Steuerlügen! Keine weitere Verschuldung!

Die große Koalition hat unter dem Vorwand der Krisenbekämpfung einen Rekord-Schuldenberg aufgehäuft. Die Rechnung wird nach den Wahlen in Form von Steuererhöhungen und Inflation präsentiert. Wer Steuersenkungen und ausgeglichene Haushalte verspricht, ohne über die Senkung der Staatsausgaben zu reden, bereitet den nächsten Wahlbetrug vor.

**Die Republikaner fordern deshalb:** Schluß mit Steuerlügen und nutzlosen Konjunkturprogrammen – dafür Abschaffung des „Solidaritätszuschlags". Statt einzelne Branchen oder Großunternehmen zu päppeln, müssen die Bürger auf breiter Front entlastet werden, um den Binnenkonsum zu beleben. Gegenfinanzierung durch strikten Abbau von Klientelsubventionen, Offenlegung und Zurückfahren der verborgenen Einwanderungs- und Integrationskosten, Überprüfung und Reduzierung der Ausgaben für internationale Kriege und Militäroperationen und der Beiträge zu übernationalen Organisationen. ■

## 2. Arbeit schaffen – Leistung muß sich lohnen!

Nicht die Großkonzerne, die arbeitende Mittelschicht und die mittelständischen Selbständigen und Unternehmer sind das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Sie müssen deshalb bei Steuern und Abgaben entlastet und bei der Vergabe von Aufträgen bevorzugt werden. Die Auspressung von Mittelstand und Mittelschicht zur Verteilung von steuerfinanzierten Wohltaten muß beendet werden.

**Die Republikaner fordern** insbesondere die Abschaffung der Erbschaftsteuer. Die weltfremde schwarz-rote „Reform" ist familien- und mittelstandsfeindlich und verursacht viel Bürokratie für wenig Einnahmen. ■

## 3. Stopschild für Heuschrecken – Haftung für Banker!

Der Weg zur Überwindung der Krise führt nicht über mehr Konsum, Geldausgaben und Schuldenmachen, sondern über die Rückbesinnung auf bewährte Werte und Maßstäbe. Wohlstand entsteht nicht durch Spekulation. Wohlstand muß hart erarbeitet werden. Die Republikaner setzen sich deshalb für strenge Kontrollen der Finanzmärkte ein. Hier muß auf nationaler Ebene gehandelt werden, statt bis zum St. Nimmerleinstag auf einen internationalen Konsens zu warten. Insbesondere muß der ausplündernden Übernahme von Unternehmen durch Finanzinvestoren ein Riegel vorgeschoben werden.

**Wir fordern:**

– Die Schaffung einer nationalen Ratingagentur, die das Monopol der eng mit den Krisenverursachern verknüpften US-Agenturen bricht und eine realistische Bewertung von Finanzgeschäften und Unternehmen gewährleistet.
– Außerdem Haftung für Bankmanager, die bis zu einem Drittel ihrer Gehälter und Bonuszahlungen in einen Sicherungsfonds der jeweiligen Bank einzahlen sollen, der für Verluste aus riskanten Geschäften und falschen Entscheidungen geradesteht. Rückzahlung nur bei Ausscheiden aus der Bank, wenn der Betreffende gut gewirtschaftet hat. ■

## 4. Raus aus Afghanistan!

Streitkräfte dienen der Landesverteidigung. Unser Land wird weder am Hindukusch noch in Afrika verteidigt. Terroristen gibt es überall. Wer Terroristen im Ursprungsland bekämpfen will, muß der ganzen Welt den Krieg erklären. Deshalb ist es Unsinn, den Bundeswehreinsatz in Afghanistan mit der Bekämpfung des Terrorismus zu begründen. Diese Argumentation dient nur der Rechtfertigung von Hilfseinsätzen für die USA in der ganzen Welt.

→

**Wir fordern:** Bundeswehr raus aus Afghanistan. Jeder Gefallene ist einer zuviel. Ausrüstung und Ausbildung der Bundeswehr müssen sich am Verfassungsauftrag orientieren. Wir haben aus der Geschichte gelernt: Deutsche Soldaten haben in Afghanistan nichts zu suchen. Damit wäre am ehesten deutschen Interessen gedient. ■

## 5. Terrorgefahr bekämpfen – Islamisierung stoppen!

Der feige Terror der Islamisten stellt eine der größten Gefahren für unsere Sicherheit dar. In einem Teil des Islams hat der Terrorismus seine eigene Tradition. Von den Terroristen unserer Tage führt eine Spur bis zu den Assassinen. Mit Schönreden läßt sich diese Gefahr nicht beseitigen.

**Wir fordern stattdessen:**

– Rigorose Ausweisung aller Haßprediger.
– Strenge Kontrolle von Koranschulen und Vereinigungen, die unter dem Deckmantel einer Religionsgemeinschaft dem Islamismus den Weg zu bereiten versuchen.
– Verbot und Auflösung islamistischer Vereine und Einrichtungen
– Kein Dialog mit Vorfeldorganisationen der Islamisten im Rahmen sog. „Islamkonferenzen".
– Strengere Kontrollen bei Einreisen aus einschlägigen Ländern.
– Harte Strafen für Teilnehmer an Terrorausbildungen. ■

## 6. Mehr Sicherheit für die Bürger!

Neben dem islamistischen Terror wird die innere Sicherheit vor allem durch linke Gewalt und das organisierte Verbrechen bedroht. Gewalt von links wird von Medien bagatellisiert oder verschwiegen, nachdem die Altparteien den antitotalitären Konsens stillschweigend zu Gunsten eines prokommunistischen sog. „Antifaschismus" aufgegeben haben. Während ununterbrochen über „Gewalt von rechts" berichtet wird, werden linke Gewalttaten und Ausländerkriminalität verschwiegen und tabuisiert. Auch die zunehmende Jugendkriminalität muß offen und ohne Tabus angegangen werden.

**Wir fordern daher:**

– Verstärkte Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit.
– Wiedereinführung von Grenzkontrollen und die Kündigung des Schengener Abkommens.
– Konsequente Ausweisung von kriminellen Migranten.
– Null Toleranz gegenüber Gewalt von links.
– Konsequentes Vorgehen gegen die organisierte Kriminalität.
– Verbot gewaltverherrlichender Spiele.
– Härtere Strafen bei sog. Bagatellkriminalität.
– Lebenslänglich muß mindestens vierzig Jahre Haft bedeuten. ■

## 7. Integration heißt Assimilation!

Integration von Einwanderern ist nur durch deren Assimilation und Anpassung an unsere Lebensverhältnisse und Werteordnung möglich. Eine multikulturalistische Integrationspolitik fördert Parallelgesellschaften und mündet über kurz oder lang in einer Multikonflikt-Gesellschaft.

**Wir Republikaner fordern:**

– Klare Vorgaben und Ziele in der Integrationspolitik. Wer sich anpaßt, wird gefördert, wer sich unserer Werteordnung verweigert, muß gehen.
– Kritische Überprüfung aller Integrationsmaßnahmen auf Wirksamkeit und Nachhaltigkeit.
– Keine doppelte Staatsbürgerschaft.
– Einbürgerung nur nach erfolgter Assimilation.
– Einwanderungswillige müssen vor der Einreise Anpassungsbereitschaft, Sprachkenntnis und geeignete berufliche Qualifikation nachweisen.
– Parallelgesellschaften müssen verhindert und überwunden werden. ■

## 8. Familien schützen!

Die Familie ist die Keimzelle des Gemeinwesens. Ihre geistige und materielle Unabhängigkeit und das Recht der Eltern als Erzieher ihrer Kinder muß unbedingt geachtet werden und darf nicht durch politische Bevormundung außer Kraft gesetzt werden. In den für Bindungsfähigkeit und Sozialvertrauen entschei-

→

denden ersten drei Lebensjahren sollten Mütter grundsätzlich ganz für ihre Kinder da sein können.

**Die Republikaner fordern:**

– Übergang vom Ehegatten- zum Familiensplitting mit vollen Steuerfreibeträgen für alle Kinder; ein Durchschnittsverdiener, der eine vierköpfige Familie allein ernährt, muß dadurch einkommensteuerfrei gestellt werden.
– Zusammenfassung aller Sozialleistungen für Kinder und Familien in einem „Elterngeld" für Einheimische.
– Einrichtung von Kinderkrippen und Ganztageskindergärten nach dem tatsächlichen Bedarf der Eltern und nicht zur ideologisch motivierten Nötigung von Müttern zur Berufstätigkeit, obwohl sie es vorziehen würden, sich um ihre kleinen Kinder zu kümmern.
– Mehr Teilzeit-Arbeitsstellen für Mütter von Kindergarten- und Schulkindern.

Der besondere Schutz des Grundgesetzes gilt der Ehe als der auf die Aufzucht und Erziehung von Kindern ausgelegten dauerhaften ehelichen Verbindung von Mann und Frau. Die Gleichstellung homosexueller Lebensgemeinschaften mit der Ehe lehnen die Republikaner daher strikt ab. ■

## 9. Schule wieder auf Vordermann bringen!

Kindergärten und Schulen sind weder Hilfsausbilder der Wirtschaft noch Reparaturbetrieb für gesellschaftliche Fehlentwicklungen. Sie sollen umfassende Allgemeinbildung auf hohem Niveau vermitteln und dabei den unterschiedlichen Begabungen von Kindern und jungen Menschen gerecht werden.

**Die Republikaner fordern deshalb:**

– Erhalt des bewährten dreigliedrigen Schulsystems und der Schulvielfalt.
– Beendigung von offensichtlich erfolglosen Gesamtschulexperimenten.
– Förderung der Leistungsbereitschaft
– Keine Niveauabsenkungen zur Erzielung politisch gewünschter Ergebnisse.
– Generelle Lehrmittelfreiheit an allen allgemeinbildenden Schulen.
– Ganztagsangebote nur dort, wo die Eltern selbst sie wollen
– Keine Zwangsintegration durch Ganztagsbeschulung
– Stärkung der Elternrechte durch freie Schulwahl auch in der Grundschule.
– Stop des sog. Bologna-Prozesses zur Vereinheitlichung des europäischen Hochschulwesens. ■

## 10. „Gesundheitsfonds" muß weg!

Die Gesundheitspolitik der schwarz-roten Koalition hat zu einem Fiasko geführt. Die sozialistische Mangelbewirtschaftungspolitik von Ulla Schmidt zerstört das leistungsfähige Versorgungssystem in Deutschland. Der von der CDU/CSU mitgetragene Gesundheitsfonds führt zu einer finanziellen Katastrophe.

**Wir fordern deshalb:**

– Jeder Bürger muß zu jeder Zeit zu allen medizinisch notwendigen Leistungen Zugang haben.
– Eigenverantwortung und gesundheitsbewußtes Handeln des Einzelnen müssen die Grundlage eines solidarischen Gesundheitssystem bilden.
– Abschaffung des sog. Gesundheitsfonds.
– Reduzierung der Verwaltungskosten in der GKV.
– Erhaltung der wohnortnahen ambulanten Versorgung durch den Arzt des Vertrauens.
– Keine Transferleistungen für im Ausland lebende Angehörige von Migranten. ■

## 11. Faire Renten sichern!

Wer ein Leben lang gearbeitet und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt hat, muß auch Rente in einer Höhe bekommen, die dieser Leistung entspricht. Die Aufbauleistung der Generationen, die unser Land nach dem Krieg wiederaufgebaut haben, muß berücksichtigt werden.

**Um angemessene und stabile Renten sowie Stabilität bei den Versicherungsbeiträgen gewährleisten zu können, fordern wir:**

– Herausnahme versicherungsfremder Leistungen einschließlich der Fremdrenten aus der Rentenversicherung.
– Langfristiger Umstieg vom Umlage- auf ein Kapitaldeckungs-

→

verfahren mit Mindestsicherung.
– Beitragsstaffelung nach Kinderzahl.
– Steuerliche Förderung von Betriebsrenten. ■

## 12. Lebt der Bauer, lebt das Land!

EU-Planwirtschaft und Globalisierung führen zum Untergang der mittelständischen deutschen Landwirtschaft, wenn jetzt nicht das Steuer herumgerissen wird. Die bäuerlichen Familienbetriebe müssen als Garanten der regionalen Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln erhalten werden.

**Die Republikaner fordern:**
– Umsteuerung der Beihilfen, die der mittelständischen Landwirtschaft für ihren Beitrag zu Kultur und Landschaftspflege zustehen und nicht den großen Lebensmittelkonzernen und Agrarfabriken.
– Förderung der Milchbauern durch Schulmilchprogramme, Garantiepreise und Milchquoten.
– Steuerbefreiung für Agrardiesel aus Gründen der Chancengleichheit in Europa.
– Keine Zulassung von Gen-Saatgut, Klon-Fleisch und Tierzucht-Patenten.
– Dezentralisierung und ggf. Renationalisierung der EU-Agrarpolitik. ■

## 13. Europa gehört den Nationen, nicht den Eurokraten!

Der Vertrag von Lissabon bedroht unseren demokratischen Rechtsstaat, da er entgegen der Annahme des Bundesverfassungsgerichts auf einen europäischen Superstaat ausgerichtet ist. Wir wollen keinen europäischen Einheitsstaat, sondern ein Europa der Vaterländer, einen Staatenbund souveräner Nationen. Europa lebt von seiner Vielfalt und nicht vom Einheitsbrei des Brüsseler Zentralismus. Europa gehört den Nationen, nicht den Eurokraten.

**Wir fordern daher:**
– Auch in Deutschland ein Referendum über den Vertrag von Lissabon.
– Konsequente Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips.
– Ausstieg aus einem weiteren Integrationsprozeß mit Souveränitätsverlust.
– Europa ohne Türkei. ■

## 14. Mehr Mitsprache für die Bürger – Bürgerrechte achten!

Abgehobene Politiker, die die Bürger bevormunden, von wichtigen Entscheidungen ausschließen und ihren Willen nicht respektieren, sind eine Gefahr für die Demokratie.

**Die Republikaner fordern deshalb:** Mehr direkte Demokratie.
– Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene müssen im Grundgesetz verankert werden.
– Auf Landes- und Kommunalebene müssen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide vereinfacht werden.
– Der Bundespräsident muß künftig direkt gewählt werden, um das Amt nicht durch unwürdige Kungeleien in der Bundesversammlung zu beschädigen.

**Die Republikaner fordern ferner** die unbedingte Achtung der Bürgerrechte, zu denen auch der freie Informationszugang gehört, und wehren sich deswegen gegen jede Form von Zensur auch im Internet. Gleichwohl ist das Netz kein rechtsfreier Raum; die Anbieter von gewaltverherrlichenden und kriminellen Inhalten, wie z. B. Kinderpornographie, müssen hart bestraft werden. ■

## 15. Energieversorgung sichern!

In der Energiepolitik ist Augenmaß statt populistischem oder ideologischem Eifer gefragt. Natur- und Landschaftsschutz sind kein Selbstzweck, sondern müssen auch im Interesse der Menschen liegen. Deutschland benötigt auch in der Zukunft einen Energiemix.

**Die Republikaner fordern** deshalb den Weiterbetrieb der vorhandenen Kernkraftwerke auf höchstmöglichem Sicherheitsniveau bei Verzicht auf den Bau weiterer Atomkraftwerke, die Nutzung alternativer Energiequellen und die Förderung von Erforschung und Anwendung neuer Technologien wie der Brennstoffzelle. ■

## 16. Tiere als Lebewesen schützen!

Tiere müssen als Mitgeschöpfe geachtet und vor nicht artgerechter Haltung und vermeidbarem Leid geschützt werden.

**Die Republikaner fordern daher:**

- Verbot des Schächtens.
- Verbot der Käfighaltung und Verbot des Lebendtransportes von Schlachtvieh über 50 km täglich.
- Beschränkung von Tierversuchen auf eng begrenzte medizinische Zwecke, wenn keine Alternativverfahren zur Verfügung stehen. ■

## 17. Abwrackprämie für Altparteien:

Nutzen Sie Ihren Wahlzettel zur Entsorgung ausgedienter politischer Schrottmühlen. Verringern Sie den Ausstoß heißer Luft im Parlament. Die Prämie bekommen Sie, Ihre Kinder, Ihre Enkel und wir alle!

**Deshalb: Am 27. September Ihre Zweitstimme für Die Republikaner!**

www.rep.de

**Unzufrieden mit der Politik?**

# Trau Dich, wähl mich!

*DEMOKRATISCHE RECHTE.*

DIE REPUBLIKANER REP

V.i.S.d.P.: Die REPUBLIKANER, Bundesverband, Postfach 52 01 29, 48087 Münster

**Weitere Informationen erhalten Sie unter:**

Die REPUBLIKANER, Bundesverband
Postfach 87 02 10, 13162 Berlin
Telefon: (0 18 05) 737 000 (14 Cent/Minute)
Fax: (0 18 05) 737 111 (14 Cent/Minute)
E-Post: info@rep.de, www.rep.de

DIE REPUBLIKANER REP